

Aktionskreis vermisst vom Stadtrat „klares Bekenntnis zum Klimaschutz“ im neuen Doppelhaushalt 2022/23

Am vergangenen Donnerstag hat der Stadtrat den Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 verabschiedet. Dazu erreichte uns eine Stellungnahme des Aktionskreises Wohnen und Leben Bergkamen:

„Der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen vermisst in den Beschlüssen des Stadtrats zum Doppelhaushalt 2022/2023 ein klares Bekenntnis zu mehr Klimaschutz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Bergkamener Stadtgebiet. Den Ernst der Lage dürfte jeder erkannt haben. Deshalb hatte der Stadtrat 2019 den „Klimanotstand“ ausgerufen und bereits 2018 ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ beschlossen. Die auch in Bergkamen voran schreitende Klimakatastrophe, z.B. die Starkregenereignisse in 2014 und zuletzt am 15.07.2021, verlangt eine Kursänderung bei den Prioritäten kommunaler Aktivitäten. Die jetzt getroffenen Entscheidungen werden all diesem bei weitem nicht gerecht. Eine Förderung des Rückbaus von „Steingärten“ appelliert an die Vernunft der Hauseigentümer und der erhoffte Erfolg hängt allein von deren Einsicht ab. Ein Antrag zur Installierung von Kleinwindkraftanlagen auf der Bergehalde „Großes Holz“ hätte vielleicht ein Signal sein können – fand aber im Rat keine Mehrheit.

Mit der Bergehalde „Großes Holz“ (ca. 120 ha) verfügt Bergkamen über eine bislang ungenutzte Potentialfläche zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowohl im Bereich der Windkraft als auch bei PV und Solarthermie. Schon im Jahre 2013 wäre der Flächenbesitzer RVR und auch die Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) dazu bereit gewesen. Das dürfte auch heute noch gelten, wenn denn die Verwaltung in Gespräche mit dem RVR eintreten würde und eine Ratsmehrheit zuvor dieses auf den Weg brächte. Die nun beschlossenen 200.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen sollten vor allem dafür verwendet werden,

diesen Planungsprozess in Gang zu bringen. Dies wäre ein starkes Signal für mehr Klimaschutz und Ausbau der erneuerbaren Energien in Bergkamen. Die erforderlichen Investitionen könnten über ein Genossenschaftsmodell von vielen BürgerInnen mitgetragen werden. Also: Was hindert den Stadtrat daran, einen entsprechenden Beschluss in seiner Dezembersitzung zu treffen?“